



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Reichs Spiegel

### Rückblick 1913

Ein lautes Jahr ist an uns vorübergezogen, laut durch übermäßig zahlreiche Erinnerungsfeiern, aber auch laut durch die Vorgänge auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik. Was ist der Nation aus allem für ein Gewinn geblieben? Wer erlaubte sich, es ermessen zu wollen, wo noch eben die Abschlüsse über die Regierung eines Vierteljahrhunderts gezeigt haben, wie schwer es ist, sich als Zeitgenosse selbst über Gewinn und Verlust während eines größeren Zeitraums Rechenschaft zu geben. Überdies war 1913 trotz des Regierungsjubiläums des dritten deutschen Kaisers kein rechtes Bilanzjahr. Weder in den Dingen der äußeren, noch in denen der inneren Politik sind abschließende Ereignisse von solcher Tragweite eingetreten, daß sich eine glatte Rechnung aufstellen ließe. Der Bukarester Friede wird sowohl von den österreichischen, wie von den deutschen Staatsmännern als eine Basis für weitere Verhandlungen nicht aber als ein Abschluß hingestellt; in der inneren Politik Deutschlands und Preußens gährt alles noch, wie am Anfang des Jahres. Das eine kann man also feststellen: das Jahr ist seinem Charakter bis zum Schluß treu geblieben. Sowohl die äußere wie die innere Politik endet dies Jahr mit Unruhe.

### Auswärtige Politik. Allgemeines

„Eine der größten Krisen, welche die Geschichte verzeichnet,“ so nannte der italienische Minister Marchese di San Giuliano die Summe der Ereignisse auf den Brettern der europäischen Politik, und er fügte hinzu, daß zahlreiche wichtige Fragen noch schweben und „zahlreiche wichtige Interessen aller Länder auf dem Spiel stehen“. Der Italiener hat mit seinen Worten den rosagefärbten Bericht des verantwortlichen Leiters der deutschen auswärtigen Politik, des Herrn Reichskanzlers, eine Nuance dunkler gemacht, was aber insofern nichts schadet, als er zugleich die im Material recht mageren Mitteilungen des Herrn von Bethmann ergänzte. Überhaupt haben diesmal die Minister des Auslandes, soweit sie sich über die schwebenden Fragen der auswärtigen Politik geäußert haben, ein Bild von der internationalen Stellung Deutschlands komponiert, wie es klarer eigentlich

schon seit Jahren nicht mehr herausgekommen ist. Und da dies Bild für uns Deutsche nicht unerfreulich ist, so erweist sich Herr von Bethmanns Optimismus als begründet.

Der Kurs der Dreibundpolitik hat sich auch während der letzten Krise bewährt. Solches beginnt man auch in Österreich-Ungarn einzusehen, wo Graf Berchtold in der ungarischen Delegation und nach ihm der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza die Haltung der Habsburgischen Doppelmonarchie vor und während der beiden Balkankriege besprochen haben. Nichtsdestoweniger sind genug Kräfte an der Arbeit, die besonders die deutsche Freundschaft mit Österreich zu trüben wünschen und während von Frankreich her liebliche Locktöne nach der Donaumonarchie gerichtet sind, klingen aus Rußland ebenso lockende Stimmen zu uns hinüber. Wir wollen solche Stimmungen, die jederzeit bei verschiedenen Publizisten und Politikern vorhanden waren und vorhanden sein werden, zwar nicht unbeachtet lassen, aber doch nicht allzu hoch bewerten. Die praktische Politik beruht nicht auf Zeitungsartikeln, sondern auf den realen Tatsachen, die die Entwicklung der voranstrebenden Völker täglich neu schafft. Aber die Entwicklung geht allen Fortschrittstheorien zum Troß nur sehr langsam aus einem System ins andere über und so müssen die bestehenden Tatsachen solange als solche hingenommen und in die politischen Rechenexempel eingesetzt werden, bis sie von selbst verschwinden. Eine solche Tatsache ist die alte Zuneigung des russischen Volkes zum französischen, die andere ist die Interessengemeinschaft der Dreibundmächte.

Nun soll nicht geleugnet werden, daß innerhalb der russischen Gesellschaft eine Strömung stärker zu werden beginnt, die in der Freundschaft mit Frankreich nicht mehr das letzte Wort politischer Weisheit erkennen will. Doch ist damit praktisch noch nichts anzufangen. Die Abkühlung gegen Frankreich bedingt noch lange keine Erwärmung für Deutschland. Sie hat zwei Quellen: das erwachende Selbstgefühl bei den Russen, seit sie sich als Angehörige eines konstitutionell regierten Staates fühlen, in dem mit den französischen politischen Theorien herzlich wenig anzufangen ist, und ferner aus dem neu auflebenden Panflawismus, der aus der Feindschaft gegen Österreich-Ungarn Kräfte schöpft. Es wird von Russen offen ausgesprochen, daß nun die Zeit herannahe, in der das Deutsche Reich sich mit Rußlands Hilfe die unter der Krone Habsburg verbliebenen Deutschen werde angliedern können, während „sich die slawischen Bäche in das russische Meer ergießen“, wie Puschkin 1830 während des polnischen Aufstandes prophetisch dichtete. Der Ehrgeiz des Erzherzog-Thronfolgers werde den Stein ins Rollen bringen. Die Russen, die so denken, verfahren ganz logisch aus ihrem erst seit 1905 erwachenden Nationalgefühl. Sie, die vor dem Oktobermanifest nur zu leicht von der Höhe ihrer Menschheitsideale auf unseren deutschen Nationalstolz mit Verachtung herabsahen, beginnen zu empfinden, welche Kraft in der freien Betätigung nationaler Eigenart enthalten ist, und expansiv, wie sie einmal geartet, schreiten sie zur Offensive, ohne zu

bemerken, daß der Westen ihren Idealen bereits ein gutes Stück vorangegangen ist, und daß auch die Deutschen ihre nationalen Kräfte für andere Aufgaben einsetzen, als wie die Russen sie ihnen stellen. Deutschland und das Deutschtum sind in den Jahrzehnten zur Achtung eines Staatsbegriffs herangereift, der sich an die ethnographischen Grenzen nicht zu klammern braucht. Das Staatsbürgertum in den einzelnen Rechtsstaaten hat soviel neue Möglichkeiten für die Entfaltung neuer Verbindungen zwischen gleichgearteten Staaten geschaffen, daß wir uns allen Völkern der Krone Habsburgs nähern können, ohne den Hintergedanken der Loslösung eines derselben. Parallel zu den Arbeiten der Diplomaten läuft die Arbeit der schaffenden Stände, die herüber und hinüber durch das Machtmittel gemeinsamer Wirtschaftsinteressen, gemeinsam Schranken nationaler und staatsrechtlicher Art niederreißen, ohne die staatlichen, monarchischen und kulturellen Interessen eines der Kontrahenten zu gefährden. Im Sommer dieses Jahres sind reichsdeutsche und österreichische Gewerbetreibende, die unseren vertreten durch den Vizepräsidenten des Reichstags, Geheimrat Paasche, in Wien zusammengetreten, um an dem Plan eines Mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes praktisch weiter zu bauen. Nachdem aber solche Wege einmal betreten sind, liegt die Gefahr einer Entwicklung, wie zahlreiche Russen sie erhoffen, in weiterer Ferne, als nach dem großen Einigungskriege. Ein Krieg, zu dem Rußland oder Frankreich die Dreibundmächte zwänge, würde solche Entwicklung nur beschleunigen. Ob aber sich dann nennenswerte slawische Bäche ins russische Meer ergießen? Gute Russen bezweifeln es, denn sie beobachten richtig, daß die kleinen slawischen Brüder schon längst der erobernden Kulturmacht des Westens verfallen sind, also von Rußland, dem in Asien noch so bedeutsame Aufgaben gestellt sind, nicht mehr viel gewinnen können. Die Entwicklung der Orientfrage seit vierzig Jahren hat nur die Überlegenheit des europäischen Westens über das Moskwitertum erwiesen.

Ähnliche Erfahrungen dürften die Russen auch mit den Polen machen: auch dieser slawische Bach wird sich dem Hauptstrom anschließen, der ihm kulturelle Selbständigkeit gewährleistet, wollte er nicht anders sich im russischen Meer eräufen.

G. Cleinow

### Die Lage auf der Balkanhalbinsel

Vor einem Jahre waren die politischen Wetterpropheten ganz besonders geschäftig. Es war gerade die Zeit, als die Bulgaren in ungestümem Anprall die nicht genügend kriegsbereiten, an allerhand Mängeln der Organisation und an den Folgen politischer Zerfetzungserscheinungen leidenden türkischen Truppen über den Haufen geworfen hatten, als den Bulgaren beinahe schon der Weg nach Konstantinopel offen zu stehen schien, als zugleich vor den siegreich vordringenden Griechen und Serben im Westen und im Innern der Balkanhalbinsel ein Stück der türkischen Herrschaft nach dem andern zusammenbrach. Damals waren es ganz bestimmte, aus den landläufigen Vorstellungen von den

Balkanverhältnissen stammende Gedanken, die das allgemeine Urteil vorzugsweise beherrschten. Man sah in dem Balkanbund die Grundlage einer großen Organisation slawischer Macht, die unter russischer Führung ein gewaltiges Übergewicht des Slawentums im nahen Orient herstellen werde. Daran knüpfte sich weiter die Vorstellung von dem nahe bevorstehenden gänzlichen Zusammenbruch der europäischen Türkei mit allen möglichen unberechenbaren Folgen für das europäische Wirtschaftsleben und die damit in Zusammenhang stehenden Interessen der einzelnen Großmächte. Deshalb war man auch nicht sicher, ob nicht aus diesen Orientwirren der große Weltbrand entstehen würde, dessen Möglichkeit aus kaum einer politischen Berechnung ausgeschaltet werden konnte und dessen Eintritt vielen sogar so sicher schien, daß sie nicht mehr daran zu zweifeln wagten. Nicht ganz logisch freilich war es, daß gerade diejenigen, die am meisten von der Gefahr eines europäischen Krieges überzeugt waren, sich am lautesten darüber lustig machten, daß die Großmächte um die Erhaltung des sogenannten status quo noch zu einer Zeit bemüht schienen, als die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel bereits eine ganz andere Lage geschaffen hatten.

Ich meine: es war nicht ganz logisch, die Sache so aufzufassen, als ob der Grundsatz der Erhaltung des status quo der kindliche Ausdruck einer vollendeten Hilflosigkeit der europäischen Diplomatie gewesen wäre, und daraus nun den Schluß zu ziehen, es sei nur noch eine Frage einer kurzen Zeit, daß das europäische Konzert vollständig in die Brüche gehe. Im Gegenteil: der Ausbruch der Balkanwirren kam allen Großmächten mehr oder weniger ungelogen, und alle waren sich darüber einig, daß man dieser Entwicklung unter keinen Umständen gestatten dürfe, die im eigenen Interesse vorgezeichnete Politik aus der Bahn zu werfen. Deshalb entschlossen sich die Großmächte, unter allen Umständen in den Orientfragen eine gemeinsame Verständigung zu suchen und bis zur Entscheidung der Dinge auf der Balkanhalbinsel auf jede besondere Orientpolitik zu verzichten. Dieser Absicht diente die Formel vom status quo; sie war nichts weniger als der Ausdruck lächerlicher Hilflosigkeit, sondern der einzig mögliche und den Eingeweihten als solcher vollkommen verständliche, gemeinsame Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns, worin zugleich der Verzicht auf gesonderte Ziele der einzelnen Großmächte ausgedrückt lag.

Wenn man nun freilich diese weise Selbstbeschränkung der Mächte als ein Zeichen für das siegreiche Fortschreiten pazifistischer Neigungen ansehen wollte, würde man sich arg täuschen. Der Grund der allgemeinen Friedfertigkeit war sehr nüchternen Natur und entbehrte jeder Sentimentalität. Die besonderen Interessen der europäischen Staaten haben unter den Großmächten die Gruppierung geschaffen, die sich in der Sonderung von Dreibund und Dreiverband zeigt. Alle Interessen sind darauf eingestellt, und man kann heute einen großen europäischen Krieg nicht improvisieren, wenn man nicht einigermaßen überfieht, auf welche Bundesgenossen und Gegner man zählen kann. Daraus folgt, daß

auch kriegerische Mächte in Europa alsbald sich gezwungen sehen, Friedenspolitik zu treiben, wenn eine Frage auftaucht, die die Wahrscheinlichkeit erkennen läßt, daß die mühsam aufgebauten Interessengruppen durcheinander geworfen werden. Eine solche Frage war durch den höchst unbequemen Ausbruch des Balkankrieges gegeben. Hier konnten die Mächte des Dreiverbandes nicht an einem Strange ziehen, wenn sie nicht zugleich auch mit den Mächten des Dreibundes freundliche Verständigung suchten. Und diese Überzeugung war von Anfang an so zwingend, daß eine einigende Formel als Ausgangspunkt und zugleich Schranke jedes Sonderehrgeizes gefunden werden mußte.

Wenn dadurch verhindert wurde, daß die Balkanwirren die europäische Mächtegruppierung störten, so folgt daraus nicht, daß nun in jeder Beziehung Freundschaft und Einigkeit geherrscht hätte. Denn die Möglichkeit einzelner gefährlicher Interessengegenätze blieb bestehen. Weder wurde dadurch die französische Feindseligkeit gegen Deutschland beseitigt, noch die Gefahr eines Konfliktes zwischen Rußland und Osterreich-Ungarn abgeschwächt. Dafür gestattete aber die äußere Einigung der beiden Mächtegruppen auch wieder das Zusammengehen solcher Mächte, die ein allgemeines Interesse daran hatten, Konflikte aus diesem Anlaß überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Auf dieser Grundlage erwuchs die freundschaftliche Zusammenarbeit von England und Deutschland.

Die kriegerischen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel sind sehr reich an Überraschungen gewesen, und ob die Lösungen, die sie gebracht haben, als endgültig zu betrachten sind, ist noch sehr fraglich. Vorläufig sind wir doch aber so weit, daß das Bedürfnis einer ruhigen Entwicklung und einer Erholung von den Opfern der Kriegszeit die Enttäuschungen und Rachegefühle überwiegt. Wenn noch vor einem Jahr der Glaube vorherrschte, die christlichen Balkanvölker würden aus der Kriegszeit eine Stärkung ihrer politischen Aspirationen davontragen, die sie vielleicht veranlassen würden, sich näher aneinander anzuschließen, so ist das nun anders gekommen. Die einzelnen Nationalitäten sind weiter voneinander abgerückt, aber ihr innerer Gewinn ist größer, als gemeinhin gewürdigt wird. Erfahrene und tiefblickende Kenner dieser Länder versichern, es sei erstaunlich, wieviel von der politischen Demoralisation aus der Zeit der Türkenherrschaft und aus den ersten Anfängen modernstaatlicher Selbständigkeit in der Kriegszeit abgestreift worden sei. Besonders soll man den Aufschwung Griechenlands nicht unterschätzen. Nicht minder bemerkenswert ist die Befestigung und Steigerung des politischen Ansehens, das Rumänien durch seine kluge Mäßigung und Energie verbindende, besonnenes Abwarten mit entschlossenem Eingreifen vereinigende Politik zu verzeichnen hat. Man wird aber gut tun, die Untersuchungen über die Frage der Beziehungen der einzelnen Balkanstaaten zueinander und zu den Großmächten noch zu vertagen, so groß auch die Versuchung sein mag, sich gerade damit zu beschäftigen. Denn hier ist wohl noch alles schwankend und

von unberechenbaren Umständen abhängig. Es geht aber doch in allen noch schwebenden Fragen langsam vorwärts; die Inselfrage nähert sich der Lösung, und bald wird wohl auch Prinz Wilhelm von Wied als Fürst von Albanien seine schwierige und doch für einen edlen und ernstesten Willen so verheißungsvolle Aufgabe übernehmen.

Und wie steht es mit der Türkei? Wieder einmal hat sich gezeigt, daß es mit der oft prophezeiten und versuchten Liquidation dieses Staatswesens noch gute Weile hat. Trotz großer Gebietsverluste in Europa scheint sich die Türkei aus den inneren Schwankungen, in die sie seit der Beseitigung Abdul Hamids geraten war, besser herauszuarbeiten, als die meisten erwartet haben. Und wieder haben die Großmächte sich überzeugt, daß sie ihr eigenes Interesse am besten wahren, wenn sie der Türkei helfen, sich wieder zu sammeln und lebensfähig zu bleiben. Ein sehr merkwürdiger Versuch, unter der Maske strenger Wahrung der internationalen Rechte die Selbständigkeit der Türkei zu beeinträchtigen, hat sich an die Berufung der deutschen Militärmission geknüpft. Wie Rußland im Ernst hoffen konnte, mit einem Protest gegen diese Mission etwas zu erreichen, bleibt noch rätselhaft; es war in jedem Falle ein sehr unüberlegter Schritt und ein schwerer Fehler, zu dem die russische Diplomatie vielleicht durch das Bewußtsein früherer Versäumnisse getrieben, vielleicht auch durch Frankreich aufgepuscht wurde. Bei der Zähigkeit, mit der der Gedanke von russischer und französischer Seite aufrechterhalten wurde, konnte sich England, das ja selbst mit seiner Marinemission der Türkei gegenüber in gleicher Lage ist, der Sache nicht entziehen, tat dies aber nur in einer Form, die den ganzen Schritt unwirksam machte. Es ist nicht recht verständlich, wie deutsche Politiker in diesem Verhalten Englands eine deutschfeindliche Zweideutigkeit sehen können. Es ist viel besser so, als wenn Rußland und Frankreich allein irgendeinen anderen Schritt gegen die deutschen Interessen unternommen hätten. Wir können mit unserer Stellung im Orient wohl zufrieden sein. W. von Massow

### Die mexikanischen Wirren 1913

Das mexikanische Staatsschiff trieb steuerlos, auf den Wogen der Anarchie, in das Jahr 1913 hinein. Es ist dem Nachfolger des alten Porfirio Diaz nicht gelungen, auch nur einen Augenblick Ruhe im Lande zu schaffen. Herr Madero war seinerzeit der Mann der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach sorgfältiger Vorarbeit und unter Ausnutzung der schweren — unstrittig vorhandenen — Mißstände des Diazschen Regiments und ihrer Folgen war es den Männern in Washington gelungen, Porfirio Diaz, den „alten Tyrann“, gerade in dem Augenblick zu beseitigen, wo die gefährliche Konstellation Mexiko-Japan in der Verwirklichung begriffen war. Madero hatte nichts vom Herrscher und nichts vom General an sich, er war ein Idealist, jedenfalls im Rahmen der dortigen Verhältnisse und ungeachtet der Tatsache, daß der amerikanische Dollar ihm den Weg zur mexikanischen Präsidentschaft gebahnt hatte. Nachdem

im Herbst 1912 ein schlecht vorbereiteter Aufstand des Generals Felix Diaz, eines Neffen des alten Porfirio Diaz, mißlungen war, wurde Madero Anfang Februar 1913 durch einen Aufstand in der Stadt Mexiko gestürzt und der gefangene Felix Diaz befreit. Madero dankte ab, wurde mit einer Anzahl seiner Anhänger gefangen gesetzt und kurz darauf erschossen. An die Spitze der Regierung trat der General Huerta, er hat auch heute noch die Zügel der Regierung in der Hand. Der Sturz und die Ermordung Maderos wurden in den Vereinigten Staaten mit allgemeiner Entrüstung aufgenommen und als eine „unfreundliche Handlung“ angesehen. Von Anfang an hatte man Madero unterstützt, bis zuletzt in ihm den für die Vereinigten Staaten „rechten Mann“ erblickt; man hatte aus diesem Grunde darauf verzichtet, Schadenersatz und Sühne für zahlreiche Vergehen gegen Leib und Gut amerikanischer Staatsangehöriger in Mexiko zu verlangen. Hunderte von Amerikanern sind während der kurzen Maderoschen Amtsführung in Mexiko ermordet worden und die Zahl der Eigentumsvergehen ist Legion. Es hat allgemeines Erstaunen erregt, daß gerade die einzige Landnachbarmacht Mexikos, die Vereinigten Staaten, dem gegenüber völlig passiv blieb. Der Grund ist der angegebene. Man wollte Maderos Stellung schonen und, wie amerikanische Diplomaten sagten, „we must stand our chance“. Was war damit gemeint? Nun, die leitenden Männer in Washington hatten wohl die Eventualität im Auge: es würde Madero gelingen, mit der Zeit relative Ruhe im Lande zu schaffen, so blieb er dann trotzdem den Vereinigten Staaten ergeben und diese erhielten, was sie wollten, nämlich ein Mexiko, das sie nicht zu verwalten oder gar zu besetzen brauchten, das ihnen gleichwohl wirtschaftlich Objekt und politisch nicht nur unschädlich, sondern als Verbindungsstück zwischen den Südstaaten und dem Panamakanal auf die Dauer unentbehrlich sein mußte. Mit anderen Worten: Mexiko sollte, ob schneller oder langsamer, in seiner eigenen Sauce schmoren, bis es gar war. In diesem Gedanken hat auch noch der Präsident Taft während des letzten Teiles seiner Amtszeit so große Zurückhaltung beobachtet. Wilsons Gedanke ist von vornherein ohne Zweifel der gleiche gewesen, nur daß Wilson von Anfang an, aus praktischen wie aus moralischen Gründen, bewaffneter Intervention noch ablehnender gegenüber stand, als Taft. Die moralischen Gründe und Argumente des Präsidenten Wilson sind von Anfang an bis heute viel bespöttelt worden. Man kann ohne Zweifel sehr verschiedener Ansicht über sie sein, aber es ist unbezweifelbar, daß sie — immer neben den praktischen Gründen — aufrichtig gemeint sind. Sehr objektiv denkende Leute, die den Präsidenten Wilson kennen, vereinigen sich in dem Urteile, daß er es mit seinen Prinzipien ehrlich meint. Ihre Anwendung ist freilich von sehr ansehbarem Werte.

Seit dem Sturze und der Ermordung Franzisko Maderos liegt die Zentralgewalt in den Händen des Generals Huerta, soweit man überhaupt von einer Zentralgewalt im heutigen Mexiko sprechen kann. Huerta hat aber tatsächlich

seitdem die Regierung ausgeübt, hat auch vielfach erfolgreich — wenn auch schwere Rückschläge vorgekommen sind — gegen die Rebellen in den verschiedenen Teilen des großen Landes kämpfen lassen. Huerta besitzt noch heute starken Anhang, und es ist noch keine Persönlichkeit in Mexiko sichtbar geworden, die auch nur entfernt geeignet und in der Lage wäre, eine Stellung, wie er sie inne hat, einzunehmen. Die europäischen Mächte sind hinsichtlich Mexikos ihrem, meist gewohnten, Grundsatz treu geblieben, in solchen Ländern und Verhältnissen weniger auf Moral und Mittel der Gewalthaber, als auf das Ergebnis ihrer Bemühungen zu sehen. Huerta erschien als der einzige Mann, der früher oder später Ruhe im Lande stiften zu können schien, er wurde demgemäß nach einer kurzen Karenzzeit von den Mächten anerkannt. Nur die Vereinigten Staaten erklärten von Anfang an, sie würden den „blutbesleckten Mörder“ des rechtmäßigen Präsidenten Madero unter keinen Umständen anerkennen. Zugleich proklamierte Wilson als sein Programm und das des Kongresses: man habe Mexiko gegenüber keinerlei aggressive und selbstsüchtige Absichten, man hege größtes Interesse an der Ruhe im Lande, aber es widerspräche den Grundsätzen der politischen Moral der Vereinigten Staaten, den Mörder einerseits, den nicht verfassungsmäßig gewählten Präsidenten andererseits anzuerkennen. Ein amerikanischer Sondergesandter ging nach Mexiko, um mit Huerta zu unterhandeln und ihn zum Rücktritte zu bewegen. Authentisches und Vollständiges über diese Verhandlungen ist nicht bekannt geworden. Man hat es anscheinend mit der „starken“ wie mit der „schwachen Manier“ versucht, Huerta gesüßig zu machen und andererseits auch eine allgemeine Lage zu schaffen, welche die seinige verschlimmerte. Die sogenannten Rebellen haben im Laufe der Monate dauernde Unterstützung an Geld, an Waffen usw. aus den Vereinigten Staaten erhalten, und im Spätherbst 1913 erklärte der Präsident Wilson offen, daß Gründe der Moral für die Vereinigten Staaten maßgebend seien, wenn sie die Rebellen gegen Huerta unterstützten. Dieser versuchte zunächst, die Vereinigten Staaten hinzuziehen, nachdem es ihm nicht gelungen war, sie für sich zu gewinnen. Er mochte auch hoffen, daß auf die Dauer Präsident Wilson sich von der Haltung der anderen Mächte Mexiko gegenüber beeinflussen lassen werde. Huerta erklärte: der verfassungsmäßige Anstoß würde demnächst beseitigt werden, denn für die zweite Oktoberhälfte sei eine ordnungsmäßige Präsidentenwahl in Aussicht genommen. Die Antwort der Vereinigten Staaten hierauf war: man könne das Ergebnis der Wahlen nur unter der Bedingung anerkennen, daß Huerta nicht kandidiere. Huerta hat dieses verschiedentlich versichert, manchmal auch das Gegenteil, bisweilen erklärte er auch, er würde zwar kandidieren, aber nach erfolgter Wahl unter allen Umständen zurücktreten. Die Vereinigten Staaten scheinen damals emsig Wahlagitation in Mexiko getrieben zu haben, jedenfalls hegte man gewisse Hoffnungen für die Wahl. Diese wurden um Mitte Oktober jäh zerstört, als Präsident Huerta plötzlich den mexikanischen Kongreß auflöste und reichlich hundert Delegierte gefangen setzen ließ. Nun

stand er nicht nur als Diktator da, sondern hatte auch die Wahlen in der Hand, nachdem er seinen Gegnern hinter Schloß und Riegel die Wahlmöglichkeit gründlich genommen hatte. Die Wahlen fielen dementsprechend aus, und Präsident Wilson ließ mit den „schärfsten Maßnahmen“ drohen. Er hat seit dem Frühherbst drohen lassen und schon sein Sondergesandter, Mr. Lind, hatte es Huerta gegenüber an Andeutungen nicht fehlen lassen, daß die Vereinigten Staaten selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückscheuen würden. Linds Bedingungen wurden damals von Huerta und seinen Ministern als erniedrigend für Mexiko zurückgewiesen. Sie enthielten vor allem die Verpflichtung, für Huerta nicht zu kandidieren. Seitdem ist von den Vereinigten Staaten immer weiter gedroht worden, Truppen wurden an den Grenzen zusammengezogen, amerikanische Kriegsschiffe sind an den mexikanischen Küsten und in den Häfen versammelt. In allen Teilen des mexikanischen Gebietes finden Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und ihren Gegnern statt. Banden durchziehen das Land, raubend und mordend. Huerta sitzt noch immer an seinem Platze, trotzdem unaufhörlich aus den Vereinigten Staaten verkündet wird, er könne sich nur noch wenige Tage halten, er habe kein Geld und keine Anhänger mehr; als letztes Mittel behalte man sich aber die Besetzung mexikanischer Gebietes vor, innerhalb kurzer Zeit sei den Vereinigten Staaten möglich, eine halbe Million Soldaten nach Mexiko zu bringen. Offenbar bezweifelt Huerta diese Möglichkeit, glaubt auch nicht, daß Wilson und der Kongreß sie mit Erfolg verwirklichen werden. Ob die Vereinigten Staaten nicht schließlich doch zur Besetzung schreiten werden, steht dahin. Zurzeit hofft man jedenfalls noch immer, es werde durch Geld und Rebellen noch gelingen, Huerta verschwinden zu lassen und den augenblicklichen Favoriten der Vereinigten Staaten, General Carranza, auf den Präsidentensessel zu bringen. Die Standard Oil Compagny und andere Interessenten drängen ihrerseits mit allen ihren großen Mitteln auf Besetzung und Annexion Mexikos durch die Vereinigten Staaten. Die Zukunft nur kann zeigen, wer recht hat, und wie eine schließlich doch vorgenommene Besetzung Mexikos sich abspielen wird. Die übrigen Großmächte lassen die Vereinigten Staaten natürlich gewähren, sie verhehlen sich aber nicht, daß das bisherige Verfahren Mr. Wilsons und des Kongresses am allerwenigsten geeignet gewesen ist, das zu schaffen, was die in Mexiko handelstreibenden Mächte brauchen: Ruhe und Frieden.

